

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 45

Charlottenburg, Freitag, den 11. November 1910

Jahrg. 37

Sperren

Vollsperrungen in Deutschland: Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H.) Fürstenberg a. Weser. Glas (Rachwalst). Ilmenau (Schumann & Klett). Krummnaab. Nieder-Salzbrenn (Franz Brause). Ottendorf-Drilla (August Walthar & Söhne).

Halbsperrungen in Deutschland: Altwasser (C. Tielisch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oslau (Göbel). Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Selb (L. Gutschentreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brüx (Steingutfabrik von Karl Spiz). Gulau (Gebr. Mehner). Frainersdorf (B. A. Branitzky). Klösterle a. Eger (Gräfl. Thunische Porzellanfabrik).

Die Verurteilten von Rabbod.

Der Beleidigungsprozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“, der vom 19. bis 28. Oktober vor der Strafkammer in Bochum verhandelt wurde, hat mit einer schweren moralischen Niederlage des kapitalistischen Systems rücksichtsloser Profitmacherei geendet. Formell ist zwar der Redakteur Wagner wieder zu 300 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt; moralisch gerichtet ist jedoch das System.

„Draußen ist das Urteil gesprochen. Für das hier zu fallende Urteil hat der Angeklagte die Unterlage geschaffen. Dafür gebührt ihm Dank und keine Bestrafung!“

So schloß der Verteidiger Heine seine 3 $\frac{1}{4}$ stündige, von außerordentlicher Sachkenntnis getragene Rede.

Nun ist doch gekommen, wogegen man sich bis dahin mit Händen und Füßen sträubte. Ueber die Ursachen der Rabbodkatastrophen auf Rabbod wurde gerichtlicher Beweis erhoben. Aus Angst vor der Sozialdemokratie oder wie sich Direktor Meyer vor einigen Jahren ausdrückte — vor den roten Höllenhunden — ist bisher alles vertuscht worden. Auch nach der Rabbodkatastrophe trat dasselbe Bestreben in Erscheinung. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hatte ein großes Anlagematerial gegen Rabbod zusammen getragen. Aber Anklagen folgten wegen all dieser Artikel nicht, sie hätten ja eine Aufrollung des Dramas vor Gericht zur Folge gehabt und dem wollte man aus dem Wege gehen. An der untergeordneten Erzählung, daß ein Bergarbeiter dieses Zwiegespräch mit angehört habe:

„Bergwerksbeamter Hollender: Hier sind noch Lebende, was ist zu tun? Direktor Andre: Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“

hatte man sich fest; man glaubte mit einer Klage hiergegen einer Beweisführung aus dem Wege gehen und eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung ermöglichen zu können. Dann ließe sich sagen: Der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist verurteilt, also ist alles, was sie geschrieben hat, unwahr. Dieser Zweck wurde tatsächlich auch in der ersten Verhandlung vom 18. Oktober 1908 erreicht, jede über das behauptete Gespräch

hinaus gehende Beweisaufnahme wurde abgeschnitten und der Redakteur Wagner wurde zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt, da die beiden Bergbeamten beschworen, ein solches Gespräch nicht geführt zu haben. Das Urteil wurde indessen nicht rechtskräftig, die „Bergarbeiter-Zeitung“ erkämpfte sich vor dem Reichsgericht eine erweiterte Beweisführung.

Nun ist die neue Verhandlung vorüber. Die neuntägigen Verhandlungen, zu denen von beiden Parteien über 100 Zeugen und je 3 Sachverständige geladen waren, bildeten eine glänzende Rechtfertigung der gegen die Herren von Rabbod erhobenen Angriffe; sie haben ergeben, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht zu viel, eher zu wenig über die Ursachen der Rabbodkatastrophe geschrieben hat. Erwiesen wurde:

1. daß ein fast chronischer Wassermangel trotz der starken Kohlenstaubentwicklung herrschte. Fast alle Zeugen, außer den von der Zeche geladenen bekundeten, daß das Wasser vielfach zum ausreichenden Verlefen des Kohlenstaubes nicht ausreichte.

2. Das Vorhandensein und die Bildung vieler Hohlräume in Strecken und Streben, wo sich Schlagwetter ansammelten, und das Auftreten starker Schlagwetter. Selbst der Inspektor Hollender sagte, Rabbod ist überall gefährlich, überall treten Schlagwetter auf. Trotzdem war die Kontrolle keine ausreichende; in das Schlagwetterbuch wurde immer eingetragen „alles rein“, trotz der vielen Schlagwetteransammlungen, ohne daß der Inspektor Hollender das bemerkt hätte. Ein Beweis, daß er das Wetterbuch nicht kontrolliert hat.

3. unzureichende Bewetterung von Aufbrüchen und Ueberhauen, wodurch dem Ansammeln von Schlagwettern Vorschub geleistet wurde, und hohe Temperaturen. Den Beamten wurde das vielfach gemeldet, sie haben sich auch davon überzeugt; es wurde aber in den meisten Fällen weder Abhilfe geschaffen, noch wurden die vorgeschriebenen Eintragungen in das Wetterbuch gemacht.

4. Schlechte Behandlung und schlimme Abheerei der Arbeiter, willkürliche Festsetzung und Reduzierung der Bedinge durch die Beamten, widerrechtliche Einbehaltung von verdientem Lohn, Strafverlegungen in schlechtere Reviere, Bestrafungen wegen angeblicher Faulheit usw.

5. Lagern von unliebsamen Arbeitern, welche bei den Untersuchungen die Wahrheit gesagt hatten und Arbeitern, welche die „Bergarbeiter-Zeitung“ oder die dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ austrugen. Die Bespitzelung organisierter oder unliebsamer Arbeiter scheint ebenfalls recht stark gewesen zu sein; denn selbst in den Verhandlungen wurde gegen verschiedene Zeugen, die zuungunsten der Zeche aussagten, eine Menge müßigen Klatsches vorgebracht.

Alles das und manches andere hatte sich auf Rabbod eingebürgert — und so die Unterlage gebildet für die entsetzliche Katastrophe. Man wird sagen, Beamte und Arbeiter haben auch manches getan, was im Interesse der Sicherheit des Betriebes besser unterblieben wäre. Arbeiter und Beamte haben aber in solchen Fällen unter dem Druck eines fluchwürdigen Systems gehandelt, welches die Beamten zwingt, ihr Hauptaugenmerk auf die Kohlenförderung, statt auf die Sicherheit des Betriebes zu richten. Die Wurzel alles Übels ist das Soll- und Prämien-system und der bestehende Arbeitsvertrag, der nichts anderes ist, wie eine Schraube ohne Ende, um den Arbeiter zu immer höherer Leistung anzutreiben.

Das Bedinge wird vorgeschrieben, sagten die Sachverständigen Werner, Mantel und Hansmann. Der Arbeiter hat

auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen also kein Mitbestimmungs- und Beschwerderecht. Allerdings kann er sich über die Maßnahmen beim Betriebsführer oder Direktor beschweren; das heißt aber den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Das Verfahren vor dem Berggewerbegericht ist ein derartiges, daß der Arbeiter in den wenigsten Fällen zu seinem Recht kommen kann. Die Zechen haben dort einen Generalbevollmächtigten, der alle Klagen vertritt, der sich infolge seiner umfassenden Praxis eine große Routine angeeignet hat; der Arbeiter muß seine Sache selbst vertreten, Verbandsbeamte und Arbeitersekretäre werden nicht zugelassen. Der Arbeiter wird von dem viel gewandteren Werkvertreter mit Redensarten förmlich zugedeckt, zudem tritt der Beamte, mit dem der Arbeiter in Differenzen geraten ist, als Zeuge gegen ihn auf und dessen Zeugnis ist gewöhnlich entscheidend. Das alles wurde im Knobbodprozeß erörtert und es hat sich mit aller Schärfe gezeigt, daß die Bergarbeiter vielmehr als bisher die Lohnfrage im Auge behalten müssen. Die Lohnfrage hängt mit der Frage der Unfallverhütung sehr eng zusammen, sie ist davon nicht zu trennen.

Die Verhandlungen waren überaus reich an aufregenden Momenten. Große Bewegung rief es hervor, als der Bergarbeiter Thomas am zweiten Verhandlungstage mitteilte, daß er und seine Kameraden nach ihrer eiblichen Vernehmung, wobei sie wahrheitsgemäß ausgesagt hätten,

„von der Zeche aufs Straßenpflaster geworfen worden seien. Verschiedene Beamte hätten ihnen nach ihrer Vernehmung gesagt: „Aber Thomas, das hätten Sie auch nicht zu sagen brauchen.“

Die Bewegung steigerte sich noch, als der Verteidiger Heine hinzufügte:

„Und nach dieser eiblichen Aussage begannen sofort die Versuche, den Zeugen meineidig zu machen.“

Berechtigtes Aufsehen mußte auch die Feststellung machen, daß Wetterbücher entweder nicht geführt werden oder die stets gleichbleibende Eintragung enthalten „alles rein“. Noch vier Tage vor der Katastrophe ereignete sich gewissermaßen als Warnung eine Schlagwetterexplosion; im Wetterbuch aber stand auch an diesem Tage „alles rein.“ — Der Minister von Delbrück hatte angeordnet, daß die Bergungsarbeiten auf Knobbod von Arbeitervertretern überwacht werden sollen. Alle Bemühungen des hierzu delegierten Knappschaftsältesten Dehler, die notwendige Legitimation von der Bergbehörde zu erlangen, blieben erfolglos. Den Bergwerksbesitzern ist es ganz egal, was ein Minister, was die Aufsichtsbehörde will. Und der Vorstand des Knappschaftsvereins einer Arbeiterwohlfahrtskasse verzichtet auf ein Recht, dessen Ausübung vom Minister angeraten war. Verzichtet darauf im Interesse der Zechenbesitzer!

Bergebens suchten die Sachverständigen Hollender und Oberberggrat Kalthener nach Gründen, um dieses System zu rechtfertigen. Beide wollen die Ursachen der Katastrophe in einer reinen Schlagwetterexplosion sehen, welche durch plötzlichen starken Gasausbruch entstand. Ganz anders die Gutachten der Sachverständigen Werner, Mantel und Hansmann! Darnach sind die Ursachen: Zur Gewohnheit gewordene Nachlässigkeit im Betrieb als Folge des Systems. Dieses System hat alle Vorbedingungen geschaffen, wodurch sich auch eine kleine Explosion durch den starken Kohlenstaub und die in den vielen Hohlräumen vorhandenen Schlagwetter über die ganze Grube ausbreiten konnte und so entsetzliche Folgen haben mußte.

Der Staat kann sich die Verantwortung nicht die amerikanischen Entwicklung im Ruhrgebiet zu rechtfertigen. Nun braucht eine amerikanische Entwicklung noch nicht über Leichen zu gehen. Das Leben und die Arbeit der Bergarbeiter sind schon ein fortgesetzter Kampf mit dem Tode. Vom Jahre 1886 bis einschließlich 1909, also in 24 Jahren, sind im deutschen Bergbau 1330 040 Bergarbeiter verletzt, davon 27 399 getötet worden. Das sind entsetzliche Zahlen, an denen aber die Öffentlichkeit achtlos vorüber geht. Nur wenn eine Massentatastrophe alle Welt mit Entsetzen erfüllt, beschäftigt man sich eine Zeit lang mit dem Los des Bergmanns, ohne daß bisher durchgreifende Vorbeugungsmaßregeln getroffen worden wären.

Als am 10. März 1906 sich die furchtbare Grubentatastrophe in Courrières in Frankreich ereignete, der 1236 Bergarbeiter zum Opfer fielen, versicherte die deutsche Unternehmerpresse, daß Masseninglücke von solchem Umfange bei uns unmöglich seien. Und doch hatten sich auch schon im deutschen Bergbau schon eine große Anzahl ähnlicher Masseninglücke ereignet. Wir erinnern nur an folgende Katastrophen:

1864 Grube Reden 30 Tote; 1867 Fundgrube bei Zugau, Königreich Sachsen 101 Tote, 1869 Burgster Schächte, König-

reich Sachsen 247 Tote; 1868 Neuiserlohn, Ruhrgebiet 82 Tote; 1880 23, 1886 7 Tote; 1876 Karlingen bei St. Avoold, Lothringen 147 Tote; 1881 Zollern, Ruhrgebiet 10; 1898 44 Tote; 1882 Pluto, Ruhrrevier 65; 1885 Ramphausen (Saarrevier) 185 Tote; 1886 Konsolidation, Ruhrrevier 56; 1901 18 Tote; 1887 Gibernia, Ruhrrevier 53; 1891 57 Tote; 1893 Kaiserstuhl, Ruhrrevier 63; 1897 20 Tote; 1895 Prinz von Preußen, Ruhrrevier 37 Tote; 1896 General Blumenthal, Ruhrrevier 26 Tote; Nerphas Grube, Oberschlesien 104 Tote; 1898 Carolinenglück, Ruhrrevier 116 Tote; 1903 Königin Luisegrube, Oberschlesien 30 Tote; 1905 Boruffa, Ruhrrevier 39 Tote; Grube Boillemin bei Klein-Rosseln, Lothringen mit 85 Toten im Jahre 1907 und das Knobbodunglück am 12. November 1908, dem 348 Bergarbeiter zum Opfer fielen. Wenn in allen diesen Fällen die Zahl der Opfer nicht größer war, so liegt das nur an der geringeren Zahl der Belegschaft. Nun sind einmal die Schuldigen vor Gericht gekennzeichnet worden.

Das Gericht hat zwar den Redakteur wieder verurteilt, aber gerichtet ist das System rücksichtsloser Profitmacherei!

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

In Lugano hielt Ende September die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz ihre Delegiertenversammlung ab, die von über 100 Personen, wovon 57 stimmberechtigte Delegierte, 32 offizielle Vertreter der Regierungen aller angeschlossenen Länder und zirka 20 Experten und Gäste, die besonders geladen waren, besucht war. Mit dem Kongreß war diesmal auch die Feier des zehnjährigen Bestandes der Vereinigung verbunden, die im Jahre 1900 hauptsächlich von bürgerlichen Sozialpolitikern gegründet wurde, zu denen sich aber aus verschiedenen Ländern, so namentlich aus der Schweiz, auch Sozialdemokraten gesellten. Die internationale Vereinigung hat in Basel ein internationales Arbeitsamt errichtet, das von der Schweiz und mehreren anderen Staaten, auch von Deutschland, mit kleineren Beträgen unterstützt wird und das mit der Sammlung aller sozialen Gesetze, Verordnungen, Berichte usw. eine schätzbare Arbeit verrichtet; das aber auch Aktionen zur positiven Förderung des Arbeiterschutzes vorbereiten soll. Bisher hat die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zwei Erfolge erreicht: Das internationale Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen und ferner der Verwendung des giftigen Phosphors zur Fabrikation von Zündhölzchen und Zündwaren. Beide Verbote wurden in der Form internationaler Vereinbarungen erreicht, zu deren Aufstellung im Jahre 1906 in Bern eine amtliche internationale Arbeiterschutzkonferenz von Regierungsvertretern stattfand, die die von der genannten Vereinigung getroffenen Vorarbeiten annahm. Seither haben die beteiligten Staaten durch ihre nationale Gesetzgebung die Berner Konvention festgelegt und sich somit für ihre Durchführung verbürgt.

Nebenher gingen in den letzten Jahren noch einige andere Aktionen in der Form von internationalen Verträgen zwischen verschiedenen Regierungen zur Sicherung der Bezüge aus den sozialen Versicherungen für die im Inlande lebenden ausländischen Arbeiter.

Die vorliegende Versammlung in Lugano erinnerte der Präsident der Vereinigung, der sozialdemokratische Regierungsrat (Minister) Scherrer in St. Gallen an den zehnjährigen Bestand derselben. Die Vereinigung begann ihre Tätigkeit mit sieben verbündeten Landessektionen und zählt jetzt deren fünfzehn. Die Mitgliederzahl hat sich in dieser Zeit vervierfacht. In dem letzten Jahre sind der Vereinigung zwei neue Sektionen, Schweden und Norwegen, beigetreten. Auch in Südamerika konnte sie Fuß fassen. Großbritannien war auf dem Kongresse zum erstenmal offiziell vertreten. Der Präsident gedachte weiter der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, von dessen Verstaatlichung man von vornherein absehen wollte, um das unabhängige Organ nicht einzuschränken. Ferner wurden die seitherigen Erfolge der Vereinigung, das Verbot der Frauennachtarbeit und das Verbot des weißen Phosphors, hervor gehoben. Scherrer meinte, daß die internationale Arbeiterschutzvereinigung der Boden sei, auf dem der nationale Arbeiterschutz aufgebaut werden müsse.

Die meiste Arbeit wurde, wie bei solchen Veranstaltungen üblich in den Kommissionen geleistet, die die Beschlüsse des Plenums des Kongresses vorbereiteten. Von diesen Beschlüssen seien zunächst erwähnt, Aufträge an das Bureau der Ver-

einigung, die Regierungen Dänemarks und Spaniens um baldige Genehmigung der beiden Berner Konventionen von 1906, die erwähnten Verbote, zu ersuchen und ferner die Regierungen Norwegens, Rußlands, Finnlands, der Türkei, Ostindiens, der australischen und kanadischen Kolonien sowie Südafrikas zum Anschluß an diese Verträge zu veranlassen. Die amerikanische Sektion der Vereinigung wurde ersucht, dahin zu wirken, daß durch Erlass geeigneter Kranken- und Unfallversicherungsgesetze auch für nicht eingeborene Arbeiter die bezüglichen Beschlüsse frühere Kongresse der Vereinigung ausgeführt werden. Ueber die Fragen der internationalen Unfallverhütung und des Schutzes der Eisenbahn und Verkehrsarbeiter soll einer künftigen Delegiertenversammlung weiterer Bericht erstattet werden. Die Sektionen sollen bei ihren Regierungen auf die Einführung selbsttätiger Ruppelungseinrichtungen hinwirken.

In der Frage der Heimarbeiter wiederholte der Kongreß frühere bezügliche Kongreßbeschlüsse mit der Feststellung, daß die schlechte Lage der Heimarbeiter hauptsächlich durch die ungenügenden Löhne verursacht wird und daß daher in erster Linie Mittel zur Erhöhung der Löhne ausfindig zu machen seien.

Zu diesem Zwecke empfiehlt der Kongreß neuerdings: Die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter und den Abschluß von Tarifverträgen. Er betrachtet das freie Koalitionsrecht als die notwendige Grundlage des Abschlusses solcher Verträge. Die Internationale Vereinigung verlangt die gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge in den Ländern, wo sich diese Anerkennung noch nicht aus dem geltenden Rechte ergibt, und zwar in einer Weise, welche ihre rechtliche Wirksamkeit sicher stellt, und sie, wenn nötig, auf die Heimarbeiter derselben Beschäftigung ausdehnt, welche am Abschluß des Vertrages nicht beteiligt waren. Daher werden die Landessektionen aufgefordert, mit den zurzeit bestehenden Arbeiterorganisationen Fühlung zu gewinnen zur Förderung des Abschlusses von Kollektivverträgen mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden; ferner empfiehlt die Delegiertenversammlung die Aufnahme des Grundsatzes der Richtigkeit von ungenügenden und wucherischen Löhnen in die Gesetzgebung, und eventuell die strafgesetzliche Ahndung wucherischer Löhne. Sie betrachtet diesen Grundsatz als wesentlich, ist sich jedoch der Schwierigkeiten bewußt, die seine rechtliche Anwendung einschränken.

Gegenwärtig ist das einzig wirksame Mittel gegen die Mißbräuche in der Heimarbeit in der Schaffung von Lohnämtern zu suchen, wie sie das britische Gesetz vorsteht.

Von den weiteren Beschlüssen seien erwähnt die Anstrengung der gleichmäßigen Regelung der Arbeitszeit in der Schiffenstickerie und des Erlasses von Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der Stickeriehausindustrie (Krisenlassen). Bezüglich der Gefahren der Colssonarbeit wurde einstimmig beschlossen, daß nach dem Beispiel Frankreichs und Hollands die Regierungen Schutzmaßnahmen ergreifen sollen. Als einheitliche internationale Schichtdauer in den Bergwerken soll die Zeit vom Beginn der Einfahrt des ersten Mannes bis zur Beendigung der Ausfahrt der Belegschaft gelten. Es sollen eingehende Bestimmungen zur Regelung der hygienischen Verhältnisse der keramischen und poligraphischen Industrie aufgestellt und diese durch eine Petition des Bureau des Kongresses den Regierungen empfohlen werden.

Ueber das Arbeitsprogramm der Vereinigung für die nächste Zukunft wurde folgendes beschlossen: Die Delegiertenversammlung hält den Zeitpunkt für gekommen, um bei den verschiedenen Regierungen Schritte zum Abschluß eines internationalen Abkommens über folgende Punkte zu unternehmen: 1. Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen; 2. Beschränkung der Dauer der täglichen Arbeitszeit der Frauen auf zehn Stunden; 3. Beschränkung der Dauer der täglichen Arbeitszeit der Jugendlichen auf zehn Stunden. Drei Spezialkommissionen wurden eingesetzt: 1. Mit dem Auftrage, über die beiden letzt genannten Punkte eine Denkschrift vorzubereiten, welche die Elemente eines internationalen Abkommens enthalten soll, und die Mittel und Wege zu suchen, um Gleichbehandlung der inländischen und ausländischen Arbeiter nicht nur für die Versicherung gegen Betriebsunfälle, sondern auch auf anderen Gebieten der Sozialversicherung zu gewährleisten. Auf der nächsten Delegiertenversammlung in Zürich 1912 soll über diese Fragen Bericht erstattet werden. Auch die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Kinderarbeit in den verschiedenen Ländern soll untersucht werden und eine zusammenfassende Darstellung finden.

Ferner wurde das Bureau ermächtigt, mit den internationalen Vereinigungen, die ähnliche Ziele verfolgen, wie die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, in Verbindung zu treten, um über finanzielle oder materielle Fragen, die gemeinschaftliche Interessen berühren, ein Einvernehmen an zu bahnen.

Das bisherige leitende Komitee mit dem Genossen Scherrer als Präsidenten an der Spitze wurde auf zwei Jahre wieder gewählt. 3.

Kriegerverein oder Gewerkschaft?

In den zum Glück vergeblichen Mühen, die Arbeiterschaft von der gewerkschaftlichen Pflichterfüllung abzuhalten, tut sich ganz besonders ein Herr Westphal hervor. Er ist, wenigstens was seine Rangstellung betrifft, kein Mann gewöhnlichen Schlages sondern trägt den Titel eines Geheimen Regierungsrats, eines Professors, und was ganz besonders wichtig ist, eines Majors der Landwehr außer Diensten. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer des Kyffhäuserbundes der deutschen Landeskriegerverbände. Dieser Herr glaubt nun etwas ganz Besonderes zu vollbringen, wenn er Jahr für Jahr die Behauptung vertritt, daß die gewerkschaftlichen Arbeitergroßchen nicht den organisierten Arbeitern, sondern den „Führern“ zugute kommen. Die „Führer“ stecken, wie es mehrfach wörtlich in der „Kyffhäuser-Korrespondenz“ hieß, die gewaltigen Summen, die die Arbeiterschaft für Organisationszwecke aufbringt, in die eigene Tasche. Diese Behauptung, über deren sachlichen Wert im Munde eines Offiziers a. D. wir hier kein Wort weiter verlieren wollen, wird von Zeit zu Zeit durch Zusammenstellung von Zahlen bekräftigt; und auch in der am 16. Oktober 1910 erschienenen Nummer 82 der amtlichen Zeitung des Deutschen Kriegerbundes „Parole“ wartet Major Westphal mit einer Rechenarbeit auf, in der nach früherem Brauch dargelegt wird, daß in den Gewerkschaften nicht weniger als 41,2 Prozent aller Ausgaben auf Verwaltungszwecke entfallen. Diese Behauptung zu beweisen, ist für Herrn Westphal eine Kleinigkeit. Verwaltungsausgaben sind für ihn nicht nur die eigentlichen Ausgaben dieser Art, sondern auch die Ausgabe für Agitation, für Statistik, Stellenvermittlung, Prozeßkosten und ferner die bei der Verschiedenheit der Buchführung nicht gut anders zu rubrizierenden „Sonstigen Ausgaben“, die 1909 allein in allen 57 der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften 2 345 467 Mk. oder 4,4 Prozent der Gesamtausgaben ausmachten. Das beste leistet Major Westphal sich aber, indem er wörtlich folgendes schreibt:

„... So wird zum Beispiel in einer der Tabellen ganz nebensächlich (!) unter der Rubrik „den Zahlstellen verblieben von den Beiträgen“ die enorme Summe von . . . 7 181 183 Mk. (1909) aufgeführt; es sind dies offenbar die Vergütungen für das Einkassieren der Beiträge.“

Der gute Mann hat mithin, so wollen wir einmal zu seinen Gunsten gelten lassen, keine Ahnung davon, daß es in der Zentralisation unmöglich ist, die einzelnen Zahlstellen ohne Geld zu lassen. Weil aber die am nächsten liegende und den Tatsachen entsprechende Annahme, daß auch die den Zahlstellen verbleibenden Summen zum weitaus größten Teile als lokale Unterstützungszuschläge und zur Unterhaltung lokaler Einrichtungen verwandt werden, keine Wirkung hätte, so stellt der Major a. D. schlaunweg die ungeheuerliche Behauptung auf, daß 1000 84 Prozent der Gesamtausgaben in die Taschen der Kassierer wandern.

Allein mit dieser Festnagelung wäre die Kampfmethode des Kriegervereinsleiters abgetan, der es in seinem Angriffe auf die Gewerkschaften wunderlicherweise unterläßt, am Beispiel der Kriegervereine zu zeigen, wie denn wirklich „Arbeitergroßchen“ verwendet werden müssen. Um das zu erfahren, sind wir genötigt, uns an einen wahrscheinlich vom Kyffhäuserverbande kürzlich versandten Waschkettel zu halten. Wir richten uns nach dem am 5. Oktober 1910 in der „Deutschen Tageszeitung“ erfolgten Abdruck und finden da wörtlich das folgende:

„Das Gesamtvermögen des Kyffhäuserbundes betrug Ende 1909 45,75 Millionen. Eine große Ausgabe steht der Kyffhäuserbund in seiner sozialen Tätigkeit. An Unterstützungen wurden darum im Jahre 1909 5 100 338 Mk. ausgezahlt.“

Jeder Kassierer irgendeiner Organisation wird es seltsam finden, daß in einer solchen Aufstellung nicht die Gesamteinnahme, sondern das Gesamtvermögen des Bundes mit den Ausgaben an Unterstützungen in einer Reihenfolge genannt wird. Doch das ist Sache der Kriegervereine. Wollten aber die Gewerkschaften nach derselben, praktisch wie gesagt wertlosen Methode verfahren, so würde der Kyffhäuserbund sehr beschämt da-

stehen, und zwar selbst dann, wenn die von Herrn Westphal gebrachte Zusammenstellung der gewerkschaftlichen Zahlen ebenso einwandfrei wäre wie sie verwerflich ist. Die Gewerkschaften geben dann, da ihr Vermögen etwa 43 1/2 Millionen Mt. beträgt, immer noch weit über die Hälfte für Unterstützungs- und Wohlfahrtszwecke aus, während die Kriegervereine nach ihrer wunderlichen Aufstellung nur etwa ein Neuntel hierfür verwenden.

Wenn wir uns nun zum Ueberfluß noch weiter ein wenig mit den Angriffen des Herrn Westphal beschäftigen, so soll es nur geschehen, um die Inkonsequenz der tapferen Krieger im allgemeinen zu kennzeichnen. Bekanntlich sind die Mitglieder der freien Gewerkschaften aus den Kriegervereinen ausgeschlossen, die der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Organisationen hingegen zugelassen. Nun aber lehrt die Statistik für das Jahr 1909 einwandfrei das Folgende: Es zahlten für:

Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:

	Organi- sationen	Mit- gliederzahl	Mt.	pro Kopf Mt.
Zentralverbände . . .	57	1 832 667	21 114 446	11,52
H.-D. Gewertvereine . .	22	108 028	438 172	4,06
Christl. Gewerkschaften .	21	270 751	1 214 450	4,49

für Streiks, Aussperrungen und Gemäßregelte:

	Organi- sationen	Mit- gliederzahl	Mt.	pro Kopf Mt.
Zentralverbände . . .	57	1 832 667	7 979 115	4,35
H.-D. Gewertvereine . .	22	108 028	148 228	1,37
Christl. Gewerkschaften .	21	270 751	489 023	1,80

an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:

	Organi- sationen	Mit- gliederzahl	Mt.	pro Kopf Mt.
Zentralverbände . . .	56	1 823 663	9 719 757	5,33
H.-D. Gewertvereine . .	15	101 572	357 321	3,52
Christl. Gewerkschaften .	13	185 844	195 536	1,05

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie richtig es ist, wenn selbst ein entschiedener Feind der freien Gewerkschaften bekennen muß, es handele sich bei ihnen oder, wie er sich wörtlich ausdrückt, bei der „Sozialdemokratie“

„um die Wahrnehmung der Berufs- und Lebensinteressen eines einzigen Standes, des mit der Hand seinen Lebensunterhalt verdienenden Arbeiterstandes, und es sei begreiflich, daß eine große Opferwilligkeit zu erwecken sei, wenn es die Verbesserung der eigenen Lebenshaltung gelte.“

Für diejenigen, die wissen möchten, wie denn der Gegner heißt, der den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften diese ehrende Anerkennung zollt, sei bemerkt, daß der Autor der hier angeführten Worte ganz derselbe Major Westphal ist, der sich soeben wieder mit den vorhin gekennzeichneten Mitteln um die Verdächtigung der Gewerkschaften bemüht hat. Der hier hervor gehobene Ausdruck des Lobes findet sich abgedruckt in der am 24. Januar 1909 erschienenen Nr. 6 der „Parole“, und zwar in einem von Herrn Westphal mit Namen unterzeichneten Artikel, in dem er die objektiv betrachtete ja sehr begreifliche Interesselosigkeit der Kriegervereiner tadelt und sie auffordert, sich an der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein Beispiel zu nehmen.

Für die Öffentlichkeit ist somit der Kriegervereinsmajor durch seine eigenen Worte erledigt. Ob auch für die Kriegervereiner selbst, soll uns hier nicht kümmern. Jedenfalls dürfte für jeden einsichtigen Arbeiter die Entscheidung darüber, ob er sich einem Kriegerverein oder einer freien Gewerkschaft anschließen soll, sich im Besonderen ergeben.

Verbands-Angelegenheiten

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 29. Oktober 1910.

Mitglied 26 690 B. beschwerte sich wider den Vorstand wegen Verweigerung von Unterstützung am Ort. Sachverhalt ist kurz folgender: Mitglied wurde bei der Werftarbeiteraussperrung mit ausgesperrt und erhielt im ganzen 17 Mt. Unterstützung für etwas mehr als eine Woche angewiesen. Für die weitere Zeit wurde das Mitglied angewiesen, auf Reisen zu gehen und sollte Reiseunterstützung erhalten. Mitglied weigerte sich, dem Beschluß des Vorstandes nachzukommen, da er seine hochbetagten Eltern unterstützen müsse. Die Mutter ist 68 Jahre alt und der Vater bezieht eine monatliche Invalidenrente in Höhe von 18 Mt. Die Beschwerdekommision beschloß, dem Mitgliede die Unterstützung zu gewähren. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Maßregel des Vorstandes, namentlich bei Streiks und Aussperrungen notwendig ist, so muß es doch in diesem Falle als eine Härte bezeichnet werden. Eine Beschwerde des Mitgliedes 6806 M. ist dadurch erledigt, daß der Vorstand die Unterstützung nachträglich bewilligte. In einer Beschwerde der Mitglieder in B. gegen den Vorstand, wegen Nichtgenehmigung der Gründung einer Zahlstelle war die Beschwerdekommision nicht kompetent. Emil Böhme, Vorsitzender. Berthold Faulian, Schriftführer.

Aus unserem Berufe

Fürstenberg (Weser). Infolge gänzlichen Mangels an geeigneten Ersatzkräften für die ausständigen Kollegen muß sich die Direktion der Fürstenberger Porzellanfabrik damit begnügen, einige sonst für recht untauglich gehaltene Klausreißer an die leeren Arbeitsplätze zu stellen. Der Erfolg ist denn auch darnach! — Von besonderem Interesse in diesem Kampf ist aber vor allen Dingen der Druck, den die Direktion mit der drohenden Räumung der an die Ausständigen vermieteten Fabrikwohnungen auszuüben versucht. Wir haben schon in Nr. 41 der „Ameise“ auf das Gefährliche dieser „Wohltaten“ hingewiesen und durch die Wiedergabe des Kündigungsformulars gezeigt, wie rücksichtslos die Direktion gegen die Streitenden vorgeht. Jetzt wurde diesem Vorgehen noch die Krone aufgesetzt und zwar ehe die Kündigungsfrist abgelaufen war. Uns liegt folgendes Schreiben an eine Frau vor, das vom 26. Oktober datiert, lautet: „Im Auftrage der Fürstenberger Porzellanfabrik, Fürstenberg, zeige ich Ihnen damit an, daß ich beauftragt bin, Ihre eventuelle zwangsweise Entfernung aus Ihrer jetzigen Wohnung sogleich durchzuführen, falls Sie diese nicht am 31. dieses Monats räumen. Hochachtungsvoll Just, Rechtsanwält.“ — Man sieht, die Menschenfreundlichkeit der Direktion reicht weit. In dem Bestreben, den Ausständigen tüchtig eins auszumischen, konnten die „arbeiterfreundlichen“ und „wohlthätigen“ Herren in der Direktion nicht einmal die Zeit bis zum Ablauf des Mietvertrages erwarten, sondern schon einige Tage vorher wird der Rechtsanwält mit dem Hinauswurf der Leute beauftragt, die, was die Direktion weiß, in Fürstenberg keine andere Wohnung finden können. Und was das nicht weniger Sonderbare an der Geschichte ist: Es findet sich ein Rechtsanwält, der den Leuten mit dem sofortigen Hinauswurf droht. Entweder scheint dieser Rechtsbesessene die einfachsten Grundbestimmungen im Zivilprozeßverfahren nicht zu kennen — dann müßte er wissen, daß der zwangsweisen Exzision eine Klage und ein Urteil voraus gehen müssen — oder der Herr Rechtsanwält fühlt sich seinem Auftraggeber in so weitem Maße verpflichtet, daß er glaubt, den armen Leuten, die nicht ein noch aus wissen, mit einer durchaus unzulässigen und ungesetzlichen Handlung Angst machen zu müssen! Das Eine wie das Andere sollte man aber bei einem Rechtsanwält für ganz unmöglich halten. Doch was haben wir nicht schon alles im Kampfe der Unternehmer gegen Arbeiter erlebt? — Auf die Kollegen wirkte denn auch dieses gewalttätige Schreiben des Rechtsanwalts, und in ihrer Sorge, wo sie so schnell mit ihren Sachen hin sollten, wendeten sich die vor der Obdachlosigkeit Stehenden an den Gemeindevorstand. Dieser wies sie, da die Gemeinde keine freien Wohnungen zur Verfügung habe, an die Kreisdirektion. Es half nichts. Auch beim Oberamtsrichter in Holzminden fanden die Hilfesuchenden keinen Schutz sondern nur den mageren Trost, daß die Behörden gegen solche Machtpöben eines Unternehmers machtlos seien. Ein herrliches Eingeständnis einer Behörde im Lande der „vollendeten Rechtsgarantien“. — Schließlich wurde den betreffenden Wohnungsinhabern von der Direktion, die nun wohl trotz ihres Rechtsbestandes einsah, daß sie den Bogen ihrer Macht und Rücksichtslosigkeit gegen die Ausständigen nicht überspannen dürfe, die Frist um einige Wochen verlängert. — Diese Kollegen werden wohl auch, auch wenn sich diese Forderung der Arbeiterfürsorge und christlichen Nächstenliebe in einigen Wochen wiederholen sollten.

Krummenaab. Während die bei Mannl ausgetretenen Kollegen fest zusammen halten und keine Neigung zur bedingungslosen Unterwerfung zeigen, sich ruhig und ordentlich verhalten, sind in der Sprechsaalrubrik eines kleinen Bezirksblättchens einige Schimpfkanonaden gegen die Ausständigen enthalten, die nur die jämmerliche Angst der Firma vor dem was der Kampf für sie bedeutet, verdecken sollen. Denn uns wird die Firma Mannl nicht vorreden wollen, daß sie im Gelde schwimmt und in diesem Streit gewagte Experimente machen kann, die über ihre Mittel hinaus gehen müssen. Ebenso ist wohl die Behauptung außerordentlich läh, daß in 12 zehnstündigen Arbeitstagen die Arbeiter bei Mannl 80 bis 90 Mt., niemals aber unter 50 bis 60 Mt. verdient hätten. Das ist einfach nicht wahr und so lange Mannl dafür nicht die genauen Unterlagen liefert, wird wohl auch die Öffentlichkeit diesen Humbug nicht glauben. — Wenn ferner Mannl meint, der Streitenden künftig ganz entbehren und mit Ungelernten den Betrieb weiter führen zu können, warum sind dann die guten Leute so überaus nervös? Und warum schlug Max Mannl, der wie die anderen

Mann's, die bewaffnet mit Stöcken und Schießprügeln im Orte herum laufen, bewaffnet war, einen Streitposten derart mit einem Stock ins Gesicht, daß Blut floß? Gegen diesen schlagfertigen jungen Mann wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet und man wird ja sehen, ob solchen Leuten gegen streikende Arbeiter alles erlaubt ist. Vor allen Dingen haben alle unsere Kollegen dafür zu sorgen, daß jeder Zuzug nach Krummenaab unterbleibt.

Rheinsberg. Die Differenzen, in welche unsere Kollegen mit der Direktion der Firma *Carstens* wegen der geringen Preise für eine neue Sorte Salatieren gerieten, sind wieder beigelegt worden. Aber auch hier mußte es erst zu einem entscheidenden Schritt der Arbeiter kommen, ehe die Direktion nachgab. — Wir berichteten, daß die Dreher die neue Sorte Salatieren noch einmal ausprobierten. Aber beim besten Willen war dabei mit den Löhnen nicht auszukommen. Doch die Direktion wollte nicht nachgeben. Da blieb den Kollegen nichts anderes übrig, als die Kündigung einzureichen. Ebenso schlossen sich die Buntmaler und Fondsprüher den Drehern an. Dann erst erklärte die Direktion, den von den Kollegen gewünschten Arbeitspreis zu zahlen. Ferner verpflichtete sich die Direktion, Maßregelungen nicht vorzunehmen und wegen anderer Preise, die zu niedrig sind, mit den Kollegen noch zu verhandeln.

Vordamm. Die Differenzen der Maler in der *Steingutfabrik*, von denen wir in letzter Nummer kurz berichteten, haben ihren Grund in Lohnreduzierungen, die für 11 Artikel Platz greifen sollten und zwar handelt es sich um Abzüge von 35 auf 28, 45 Pf. auf 40, 60 auf 50, 48 auf 30, 40 auf 30, 120 auf 110, 150 auf 130, 80 auf 70, 260 auf 220, 85 auf 68 und von 68 auf 53 Pf. für die einzelnen Arbeiten. Die Kollegen sträubten sich umso mehr gegen diese Abzüge, als dieselben nicht nur enorm hoch sind, sondern den Kollegen auch ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist, sogar noch mit rückwirkender Kraft aufgehakt werden sollten. Die Kollegen mögen daher jeden Zuzug bis auf Weiteres unterlassen.

Frankreich. Wie uns berichtet wird, befinden sich seit dem Beginn des Monats Oktober die Kollegen in *Decize* im Kampf.

Oesterreich. Vor dem Zuzug nach der Gräfl. *Thun'schen Porzellanfabrik* in *Klösterle*, wo die Brennerkollegen noch im Kampf stehen, wie vor Arbeitsannahme bei der Firma *Venier & Co.* in *Meretitz* bei *Klösterle*, die mehrere Verbandkollegen maßregelte, wird in dem Verbandsorgan unserer österreichischen Kollegen aufs dringendste gewarnt.

Schweden. Die Entwicklung der schwedischen Porzellan- und Fayenceindustrie wurde in den Motiven zu dem neuen im Mai dieses Jahres vom schwedischen Reichstag beschlossenen Zolltarif durch folgende Zahlen dargestellt:

Jahr	Porzellan- und Fayencefabriken			
	Zahl der Fabriken	Zahl der Arbeiter	Produktion echtes Porzellan Kronen	Fayence Kronen
1896	4	1 676	332 441	2 534 572
1901	6	1 941	616 013	2 796 622
1902	7	1 819	597 953	2 784 902
1903	6	1 877	636 674	2 726 184
1904	6	2 040	777 679	2 905 677
1905	6	2 047	951 189	3 043 288
1906	6	2 107	1 007 714	3 194 311
1907	6	2 197	1 131 053	3 515 311
Durchschnitt 1901/05	6	1 945	715 902	2 852 335

Ueber die Entwicklung des schwedischen Außenhandels geben die nachstehenden Zahlen Aufschluß:

Jahr	Porzellan echtes			
	weiß oder Einfuhr	einfarbig Ausfuhr	vergoldet, bemalt u. dergl. Einfuhr	vergoldet, bemalt u. dergl. Ausfuhr
	Wert in Kronen			
1896	125 136	2 250	792 930	306 858
1901	328 274	1 676	666 501	13 314
1902	389 048	1 194	561 894	7 440
1903	454 618	1 032	531 885	12 672
1904	418 976	1 056	559 122	2 373
1905	421 472	2 628	616 638	7 326
1906	516 198	3 896	684 975	8 811
1907	159 304	5 615	290 946	18 047
Durchschnitt				
1871/75	19 388	773	180 110	1 838
1886/90	55 013	534	275 993	75 310
1901/05	402 478	1 517	587 208	8 625

Aus anderen Verbänden

Töpfer. Der Streit in *Belten* hat sein Ende erreicht. Nach mehrmaligen schwierigen Verhandlungen kam endlich ein Resultat zustande, mit dem sich eine am 4. November abgehaltene Versammlung der Töpfer endgültig einverstanden erklären konnte. Der Haupterfolg dieser Bewegung liegt in der Neutarifizierung der gangbaren Ofenmuster neuen Stils, die teilweise eine 10- bis 20prozentige Lohnerhöhung aufweisen. Von den älteren Mustern wurden die schlecht bezahlten gleichfalls aufgebeffert. Der neue Tarif wurde bis zum 1. Oktober 1912 vereinbart. Außerdem soll eine gemeinschaftliche Kommission vereinbart werden, die die Garnituren älteren Stils in einer einheitlicheren Berechnung zusammen faßt. Die Arbeitsaufnahme dürfte sich allerdings nicht in der gewünschten Weise vollziehen. Es ist sehr leicht möglich, daß bei Wiedereinstellung der zirka 800 ausständig gewesenen Töpfer und Hilfsarbeiter mancher Fabrikant mit ungünstigerem Geschäftsgang die bekannten unternehmerlichen Schwierigkeiten macht. Gegen solche etwaigen Verstöße soll in partieller Weise vorgegangen werden. Angesichts der Gesamtlage erscheint es daher rätlich, daß vorläufig von auswärtigen Töpfern und Hilfsarbeitern *Belten* noch gemieden wird.

Vermischtes

Arbeitslosenversicherung. Im Auftrage des preußischen Ministeriums haben die Regierungspräsidenten der Rheinprovinz die Verwaltungen verschiedener Städte ersucht, mit den beteiligten Kreisen in Besprechungen über die Frage der Arbeitslosenversicherung einzutreten. Es handelt sich um unverbindliche Besprechungen informatorischer Natur, deren Ergebnis der Regierung als Material für eine spätere Verhandlung der kommunalen und staatlichen Arbeitslosenversicherung dienen soll.

Der alte Schwindel. Mit „Unstimmigkeiten in der sozialdemokratischen Zentralkasse“ beschäftigte sich eine Notiz, die durch die bürgerliche Presse läuft. Es ist wieder das Darlehnskonto, das den Gegnern Kopfschmerzen macht. Die Parteikasse sei eine „Pumpstation“ und eine „Sammelhalle für Gelder, über welche keine Abrechnung gegeben, noch mitgeteilt wird, wo sie sich befinden, wie sie angelegt sind und wer sie verwaltet“. Der Parteivorstand hat sich zu diesem alljährlich wiederkehrenden Gerede schon wiederholt erklärt. Auch in dem schriftlichen und mündlichen Rassenbericht an den Magdeburger Parteitag ist das geschehen. Es ist dort ausgeführt worden, daß unter dem Darlehnskonto Posten laufen, die Parteioorganisationen zu besonders wichtigen Aktionen und unseren Parteiunternehmungen bei Neueinrichtung und Betriebserweiterungen gegeben werden. Da sich unsere Parteipresse gerade in den letzten Jahren besonders stark entwickelt hat, sind freilich die Ausgaben des Darlehnskontos gestiegen und begreiflicherweise auch höher als die erfolgten Darlehnsrückzahlungen. Das ist natürlich dem reichsverbandlerischen Skribistag bekannt. Er ignoriert aber diese Tatsache, weil er sonst die Partei nicht verdächtigen könnte. Daß das reichsverbandlerische Langohr genaueren Aufschluß haben möchte über die Bezugsart der einzelnen Darlehne, über die Höhe des Zinseszinses und darüber, wo er sich befindet, ist aus politischen Gründen ja sehr begreiflich. Doch darüber brauchen sich unsere Gegner die Köpfe nicht zu zerbrechen. Daß die Zinsen nicht „anderweit verbraucht werden“, dafür sorgt die in dem Organisationsstatut vorgesehene Rassenkontrolle, wonach sogar jeder Parteitagsdelegierte Einsicht in die Rassenbücher nehmen kann. — Wie wäre es übrigens, wenn der wißbegierige Reichsverbandler zunächst mal Sorge tragen würde, daß der Reichsverband öffentlich Auskunft geben würde, wie hoch sein Reservefonds ist und in welchen Papieren diese Gelder angelegt sind!

Der Reichstag nimmt seine Arbeiten am Dienstag, den 22. November, wieder auf.

Gegen die Fleischnot. Den Bemühungen der Stadtverwaltungen der großen badischen Städte ist es endlich gelungen, bei der badischen Regierung eine Öffnung der Grenze nach Frankreich durch zu setzen. Für die Städte *Karlsruhe* und *Mannheim* darf wöchentlich zweimal ein Transport französischer Viehes über die Grenze gebracht werden. Das ist freilich noch recht wenig.

Von der deutschen Justiz. In *Klingenthal* in *Sachsen* sollte zur Förderung der Organisation unter den Metallarbeitern

eine Besprechung in einem in Böhmen — Klingenthal liegt an der Grenze — gelegenen Orte abgehalten werden. Zu diesem Zwecke wurden Handzettel, die zu einer Besprechung einluden, auch im Betrieb des Metallfabrikanten Bawerhell in Klingenthal verteilt. Der Saitenmacher Otto Gerbeth erhielt deswegen eine Anklage wegen Hausfriedensbruch und wurde zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Röstlich ist nun die Begründung des Urteils. Es heißt darin u. a.: „Der Angeklagte verneint jedoch die Widerrechtlichkeit seines Tuns; er sei von einigen Arbeitern der Fabrik aufgefordert worden, sich in die Werkstatt zu begeben. Auch wenn die Darstellung des Angeklagten richtig ist, so bleibt sein Tun doch widerrechtlich; die Arbeiter sind insonderheit nicht als Vertreter des Berechtigten anzusehen. Da die Arbeiter gegen ihren Dienstherrn aufgehetzt werden sollten, war sich der Angeklagte wohl bewußt, daß er gegen den Willen des Fabrikherrn dessen Räume betrat. . . Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und des Umstandes, daß er die Interessen seiner Partei, also nicht persönlich hat wahrnehmen wollen, hat das Gericht von einer Gefängnisstrafe abgesehen. Da jedoch in dem Tun eine Dreistigkeit insofern zu erblicken war, als der Angeklagte die Räume desjenigen betrat, gegen den die Arbeiter aufgehetzt werden sollten, hat man eine nicht unbedeutende Geldstrafe auswerfen müssen.“ — Die Tagesordnung, die so heizerisch sein sollte, lautete: „Was haben die Arbeiter bei der Firma Bawerhell verabsäumt und was kann diese Vernachlässigung für Schaden mit sich bringen.“ Gewiß kein weltumstürzendes Thema! Interessant ist zweifellos die Anschauung des erkennenden Amtsrichters v. Scheibner über die Stellung eines modernen Industriearbeiters seinem Unternehmer gegenüber. „Dienstherr“, „Dreistigkeit“, „heizerisch“ usw. atmen den Geist der Bestindeordnung, sind aber echt sächsisch. Bei solchen Anschauungen von Richtern über die Arbeiter und das Bestreben ihrer Organisationen kann man sich freilich nicht wundern, wenn die Urteile gegen die Arbeiter für die Öffentlichkeit immer unverständlicher werden.

Berlin. Der Moabiter Krawallprozeß, der dieser Tage vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Verhandlung kommen wird, dürfte sehr großen Umfang annehmen und voraussichtlich etwa drei Wochen dauern. 38 Personen sind des Widerstands gegen die Staatsgewalt, der Teilnahme an öffentlicher Zusammenrottung, Beleidigung und Bedrohung angeklagt. Etwa 400 Zeugen, davon allein 220 von den Verteidigern, sind geladen. Ferner ist aus den gleichen Vorgängen auf den 17. November ein Termin vor dem Schwurgericht angesetzt zur Verhandlung derjenigen Fälle, die wegen Aufruhr und Landfriedensbruch vor die Geschworenen gebracht werden müssen.

England. Die Bewegung unter den englischen Buchdruckern zur Verkürzung der Arbeitszeit nimmt jetzt ernstere Formen an. Zur Zeit findet unter den 60 000 organisierten Schriftsetzern, Maschinenmeistern, Lithographen, Buchbindern usw. eine Urabstimmung darüber statt, ob am 1. Januar 1911 der Streit beziehungsweise die Kündigung ausgesprochen werden soll, wenn nicht allgemein sofort die 50stündige Arbeitswoche mit der festen Verpflichtung, diese am 1. Januar 1912 auf 48 Stunden zu reduzieren, eingeführt wird. Die Abstimmung im Londoner Verein der Schriftsetzer ergab 7847 Stimmen für und 1501 Stimmen gegen Eintritt in eine solche Bewegung. — Ein zwischen den beiderseitigen Zentralorganisation vereinbartes Verbot von Streiks zur Beendigung der Aussperrung in der Schiffbauindustrie ist von den Arbeitern mit 14079 Stimmen gegen 3760 abgelehnt worden. Der gleiche Vorschlag, mit ganz geringen Änderungen, soll jetzt ein zweites Mal der Urabstimmung unterworfen werden, da die Zentrale der Kesselbauergesellschaft keine Möglichkeit sieht, dem Kampfe einen günstigen Verlauf zu sichern. — Ein partieller Kohlenarbeiterstreik in Süd Wales droht sich auszudehnen. — Da die Leitung des Bergarbeiterverbandes die Bewegung nicht unterstützen und anerkennen will, die Arbeiter aber entschlossen sind, die Arbeit schon in dieser Woche nieder zu legen, wollen sie sogar eine neue Organisation gründen, die schon jetzt auf 30 bis 40 000 Mitglieder zählen kann. Bis Dienstag, den 1. November, hatten 22 000 Mann die Arbeit schon nieder gelegt. — In Merser reichten 6000 Verlade- und Gepäckträger die Kündigung ein. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit.

Frankreich. Für die vielen Opfer des Eisenbahnerstreiks sind von der Organisation allgemeine Sammlungen und an größeren Orten sogenannte kommunistische Mahlzeiten arrangiert worden. In Conneré (Sarthe) sind die Metallarbeiter, weil sie Lohnforderungen stellten, nun schon seit drei Monaten

ausgesperrt; Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden. — Im August 1910 wurden dem Arbeitsamt 146 Streiks gemeldet, gegen 81 im gleichen Monat 1909 und durchschnittlich 70 in den letzten 5 Jahren. In 91 Fällen waren Lohnforderungen die Ursache, in einem Falle der Versuch, die Löhne herab zu setzen, in 17 Fällen andere Lohnstreitigkeiten, in 10 Fällen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, in 4 Fällen andere Forderungen die Arbeitszeit betreffend, in 8 Fällen die Forderung auf Abschaffung des Akkordsystems, in einem Falle Abschaffung der Strafgeleider, in 22 Fällen Wiedereinstellung Entlassener, in 17 Fällen die Forderung auf Entlassung von Arbeitern, in je einem Falle die Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages beziehungsweise auf Anerkennung der Organisation. Von den im gleichen Monat beendeten 116 Streiks endeten 11 mit vollem, 44 mit teilweisem und 61 ohne jeden Erfolg für die Arbeiter. Beteiligt waren insgesamt 20 779 Arbeiter. Während des gleichen Zeitraumes wurde nur eine Aussperrung gemeldet, deren Ergebnis noch nicht bekannt war. — Die Bergarbeiter des Larnrevieres beschloßen, Lohn erhöhungen zum Ausgleich der Teuerung zu verlangen.

Vereinigte Staaten. In New York und Vororten streikten die Gepäckträger. Infolge der ständigen Zusammenstöße mit den Streikbrechern ist die ganze Polizei auf den Beinen. Mehrere hundert Verwundete sollen schon in die Hospitäler eingeliefert worden sein. Das Hauptquartier der Streikbrecher wurde in Brand gesetzt. — In Chicago befinden sich über 25 000 Kleidermacher im Streik um Lohnerhöhung und Anerkennung der Organisation. — Im Staate Ohio streikten 8000 Bergarbeiter wegen der willkürlichen Auslegung einer Lohnklausel durch die Unternehmer. — In Tampa, Florida, streikten 8000 Zigarrenmacher seit 4 Monaten. Die New Yorker Zigarrenarbeiter sind jetzt zum Teil in einen Sympathiestreik eingetreten. — Rund 10 000 Arbeiter in New Yorker Blechdosenfabriken drohen mit der Arbeits-einstellung, wenn ihre Forderung auf Lohnerhöhung nicht bewilligt wird. — In New York erhielten 1200 Tapezierer ohne Arbeitsniederlegung eine Lohnerhöhung von 4 auf 4½ Dollar pro Tag.



Wie der Weltuntergang ausblieb.

Ein modernes Märchen.

Es war einmal ein Spenglermeister, der hatte die üble Gewohnheit, als Entschädigung für die Mühen der Woche, alle Sonntag schwer beladen in die Kissen zu sinken.

Montags wurde er, wie eben alle Tage geweckt; denn selbst wäre er wohl nie wach geworden, da er infolge seines guten Gewissens einen Schlaf hatte wie ein Murmeltier. Seine bessere Gehälft zeigte ihm immer die Stunde des Aufstehens mit den Worten an:

„Aufstehn, Seppl, aufstehn, 's is schon Zeit!“

Immer gehorchte der Blechschuster willig, nur an Montagen blieb er regelmäßig liegen und wenn seine Frau nicht aufhörte, ihn zu rufen: „Seppl, aufstehn, 's is d' höchste Zeit!“ dann gröhnte er unter seiner Decke hervor:

„So holts Maul, i moch heut blau!“

So trieb er es schon viele Jahre hindurch, trank Sonntags, satt in die Kissen zu sinken, selbst die schreckliche Drohung des Pfarrers, daß er einen so gottlosen Menschen keine Dachrinne an der Kirche mehr ausbessern lasse, blieb erfolglos. Der Spengler kam nach wie vor mit einer Nase, leuchtend wie ein Rötter, Sonntags nach Hause, als sei er bei der Hochzeit zu Ranaan gewesen. Regelmäßig ließ er dann am Montag auf die Weckrufe der Frau sein: „Machs Maul net so auf, i moch heut blau!“ ertönen.

Wieder war es Sonntag und schwerer beladen als sonst fiel der Seppl am Abend ins Bett. Er hatte ein ertragreiche Woche hinter sich, wie nicht bald eine war, denn es gab eine Menge Kirchenreparaturen.

Der Mutter Gottes bohrte er ein neues Schwert aus Eisenblech in die Brust, dem heiligen Joseph, seinem Namenspatron, mußte er den Heiligenschein mit Schmirgelpapier blank putzen, dem heiligen Geist, der in Gestalt einer Taube auf der Kanzel angebracht war, bog er die Füße wieder grad.

Mit ganz besonderem Vergnügen löstete er dem Petrus das Loch an der großen Zehe, das durch vieles Rüssen der alten Weiblein entstanden war, wieder zu. Hier mußte er eine Niete in den Flügel des Erzengels Gabriel schlagen, damit es ihm besser geht wie dem Zeppelin, sagte er, dort schabte er den

Kost vom Häferl des heiligen Florian. An einem anderen Altar firnigte er das Paradies frisch und zählte die Äpfel am Baume der Erkenntnis, gab durch ein wenig Lack dem linken Schächer ein freundliches Aussehen, nagelte der Magdalena das Leibtuch wieder fest. Er verdiente auf diese Weise ein schönes Geld.

„Ein Landspengler muß alles angreifen.“ Das war seine stete Antwort, wenn ihn jemand fragte, ob er auch Sachen machte, die nicht in sein Fach gehören.

Es war nur zu bedauern, daß er sein Geld nicht zu nützlichen Zwecken, wie zum Beispiel zur Erretung seiner Seele durch Opfergaben verwendete, sondern versoff.

An dem Sonntag, als Seppel so mordsbesoffen nach Hause kam, gab es im Himmel eine aufregende Reichstagsitzung, der alle Erzengel, Schutzengel ohne besonderes Ressort beimohnten. Auf der Tagesordnung war der Weltuntergang. Es hatten sich zwei Parteien gebildet, die Schutzengel und die Erzengel. Erstere waren gegen, die letzteren für den Weltuntergang. Gottvater war zwar entschieden dagegen, schließlich ließ er sich aber doch überreden, die Welt am nächsten Montag untergehen zu lassen. Doch knüpfte er daran die Bedingung, daß der Engel, der zum Regisseur des Weltunterganges bestimmt werde, dies in fünf Minuten zu Wege bringe, widrigenfalls der Untergang zu unterbleiben habe.

Man war einverstanden und wählte den Erzengel Gabriel, der dem Adam und der Eva das Paradies zerstörte und in solchen Dingen schon einige Routine hatte, zum Regisseur des Weltunterganges.

Dann wurde der ewige Richterstuhl hergerichtet, die Sündenwage gepuzt, die Protokolle aufgelegt und alle sieben Himmel gelüftet.

Die Hölle wurde telegraphisch verständigt, auf einen großen Zuwachs gefaßt zu sein.

Der Montag, der zum jüngsten Tag bestimmt war, ist angebrochen und schon geht ein ungeheurer Lärm durch den Weltraum, der sich bereits langsam zu spalten beginnt.

Am Bahnhof der Zahnradbahn in den Himmel herrscht ein fürchterliches Gedränge, die Waggons erweisen sich als ungenügend und es sah aus wie bei der Tramway zur Mittagsstunde.

Die jüngeren Seelen flogen über die Himmelsleiter.

Genau nach dem schon lange angekündigten Programm gab es allseits Heulen und, soweit die Leute noch Zähne hatten, auch Zähneklappern.

Am schönsten hatten es die Musikanten. Ob sie nun brav oder böse waren, sie kamen in den Himmel, und da gab es sogar solche, die mit Todsünden behaftet waren. Wenn sie nur Posaunen blasen konnten. Das mußte so sein; denn der Herr Erzengel-Regisseur wollte die Prophezeiung der Statthalter Christi nicht lächerlich machen.

Zwischen den Posaumentönen hörte man deutlich das Heulen und Knirschen der echten und falschen Zähne.

Schon war die dritte Minute verstrichen, und der Erzengel bereits nervös, als sich endlich auch die Gräber öffneten und die Toten hervortrochen. Die Markierung war sehr schlecht und die Seelen verträdelten mit dem Fragen nach dem Weg zum Himmel ein Menge Zeit.

Die vierte Minute nahte.

Wutentbrannt trieb der Regisseur die Seelen an, die nicht weiter wollten und nach Ansichtskarten vom Weltuntergang fragten.

Der Erzengel ärgerte sich unendlich über die Sorglosigkeit der Bande, die an einem so wichtigen Tage nach nichts anderem verlangte, als nach Ansichtskarten.

Endlich waren sie alle oben. Die Schutzengel hatten wacker mitgeholfen und so schien es schon, als ob dem Erzengel Gabriel das Werk nicht gelungen sei, als der Evidenzbeamte des Himmels erklärte, daß noch einer fehle und zwar der Spengler-Sepp.

Da sprang der Erzengel derart entsetzt auf, daß er sich den linken Flügel ein wenig verbog.

„Doch, noch ist Polen nicht verloren“, rief er, rief zwei Wolken aneinander, bis ein Blitz hervor strahlte, auf den er sich setzte und zur Erde fuhr. Richtig sah er den besoffenen Spengler gemütlich schnarchend in seinem Bette liegen, als er sich der Welt näherte, und mit lauter Stimme rief er:

„Aufstehn Seppel, 's is die höchste Zeit!“

Der LötKolbenschwinger aber, in der Meinung es rufe ihn seine Alte, grollte unwillig:

„A, holts Maul, i moch heut blau.“

Da verschlug es dem Empörung. Diese Antwort ihm, einem Erzengel! Ein Spengler! Volle 30 Sekunden vergingen, ehe sich der Erzengel Gabriel wieder fassen konnte. Da leuchtete

der Himmel in seiner schönsten Pracht auf, ein furchtbarer Krach ertönte, die bereits aus ihren Fugen gegangene Welt wurde wieder in ihre Angeln gehoben. Die fünf Minuten waren abgelaufen. Der Weltuntergang war zunichte gemacht — durch einen Spengler. Er lag, unbewußt seiner großen Tat, die in nichts geringerem bestand, als in der Verschiebung des jüngsten Tages und träumte, der Erzengel Gabriel, dem er die Flügel so schön vernietet hatte, stände an seinem Bette und bedanke sich für die gute Arbeit.

Seine vom Marktplatz zurück kehrende Frau hörte ihn ganz erstaunt auf den Dank des Erzengels eben noch sagen: „O, bitte nichts zu danken, Herr Erz...“ „Lump“, schrie ihn die erzürnte Frau an. „Aufstehn, es ist die höchste Zeit!“ „So holts Maul, heut ist der jüngste Tag, da moch i blau!“

Uersammlungs-Berichte etc.

s. **Bonn.** Die am 22. Oktober stattgehabte Zahlstellenversammlung war leider nicht so besucht, wie es hätte sein sollen. Von 162 Mitgliedern waren nur 52 anwesend. Nach Erledigung einiger nebensächlichen Punkte erstattete der Kassierer Bericht über den 3. Quartalsabschluß. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann wurde von einem Kollegen der Antrag gestellt, daß dieser Kassenbericht vervielfältigt und jedem Mitglied ein Exemplar ausgehändigt werden solle. Dieser Antrag wurde einstimmig abgelehnt, dagegen ein weiterer Antrag, den Kassenbericht in der Weise zu veröffentlichen, einstimmig angenommen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen. Der Kassenbericht ergab folgendes Bild. Einnahmen: Bestand vom 2. Quartal 63,86 Mk., Eintrittsgelder 84 Mk., aus dem 12 pCt.-Fonds für französische Kollegen 30 Mk., Verbandsbeiträge 896,40 Mk., Beiträge für die Zuschußkasse 411,70 Mk., verkaufte Streikmarken 109 Stück à 20 Pf. 21,80 Mk., verkaufte Stuis 10 Stück à 10 Pf. 1 Mk. Summa 1458,76 Mk. Ausgaben: Arbeitslosenunterstützung 288 Mk., aus dem 12 pCt.-Fonds für französische Kollegen 30 Mk., 12 Prozent für die Zahlstelle 161,05 Mk., 4 Prozent für den Kassierer 54,60 Mk., an die Hauptkasse abgeliefert 975 Mk. Summa 1458,65 Mk. Mitgliederbestand: Eingetreten 70, ausgetreten 23, jetziger Bestand 162 Mitglieder.

b. **Roschitz.** Die letzte Zahlstellenversammlung war ganz schlecht besucht. Es scheint als hätten die Kollegen gar kein Interesse mehr an der Organisation, sonst müßten Mann für Mann alle Monate die Versammlung besuchen. Sind doch die heutigen Verhältnisse nicht mehr die besten; das hört man so oft von den Kollegen, jeder hat andere Klagen. Es wäre an der Zeit, daß die Kollegen sich sagten, ich gehe alle Monate in meine Gewerkschaftsversammlung, damit diese Mängel beseitigt werden. Die Verwaltung ersucht die Mitglieder doch in dieser Hinsicht etwas mehr zu tun, damit in nächster Versammlung auch andere Gesichter zu sehen sind.

Sterbetafel.

Eisenberg. Gottlieb Umlauf, Dr., geb. am 21. Dezember 1866 in Heiligensee, gestorben am 4. November 1910 an Herzschlag.

Nieder-Salzbrunn. Ernst Berger, gest. am 17. Okt. 1910 im Alter von 32 Jahren an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 3 Jahre.

Tiefenfurt. Paul Busch, Arbeiter, geb. am 26. September 1891 zu Tiefenfurt, gest. am 30. Oktober 1910 an Lungentzündung.

Ghre ihrem Andenten!

Korrespondenzen

Nieder-Salzbrunn. Schf. Hugo Vogel, Ml., Gasthof „Zur Straßmühle“.

Oelde. Rff. Josef Richter, Bulbstr. 317.

Röblau. Wf. Martin Opel, Oberröblau.

Sondershausen. Rv. Adolf Motschmann, Jechastr. 13.

Uersammlungs-Anzeigen

Annaburg. Sonnabend, 12. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokale des Herrn Best.

Althaldensleben. Sonnabend, 12. November, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Berlin. Sonnabend, 12. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. — Montag, 14. November, 7 Uhr; Gips- und Terrakottabranche bei Wollschläger, Walbertstr. 21. Dieselbe, Mittwoch, 16. November, (Bußtag) Ausflug nach Friedrichshagen, Erkner. Treffpunkt 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gewerkschaftshaus. Sonnabend, 19. November, Zahlstellenversammlung. Vortrag. Montag, 19. November, 9 Uhr, Matatmaler, Klosterstr. 111, bei Bog.

Blankenhain. Sonnabend, 12. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, zur Reichstrone.

Bonn. Sonnabend, 19. November, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandtaule 13.
Breslau. Sonnabend, 12. November, 7 1/2 Uhr, bei Fuhrmann, Matthiasstr. 182. Vortrag des Arbeitersekretärs Peltert.
Buckau. Montag, 14. November, 6 Uhr, in der Thalia. Bibliotheksbücher mitbringen.
Charlottenburg. Sonnabend, 12. November, Volkshaus, Rosinenstr. 8.
Döbeln. Sonnabend, 19. November, 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Neugasse.
Eilenberg. Sonnabend, 19. November, im Altenburger Hofe.
Elmshorn. Sonnabend, 12. November, 9 Uhr, bei Hinrichs.
Frankfurt a. M. Sonnabend, 19. November, 8 1/2 Uhr, bei Gittfried, Gr. Rittergasse 56.
Fraureuth. Sonnabend, 12. November, 8 Uhr, bei August Volkstädt.
Freienoria. Sonnabend, 19. November, im Saaltal zu Naschhausen.
Gelchwenda. Sonntag, 18. November, nachm. 8 Uhr, im Gasthaus zum Thüringerwald.
Goldlauter. Sonntag, 18. November, nachm. 8 Uhr, bei Schübel.
Gräfenhain. Mittwoch, 16. November, (Bußtag), nachm. 4 Uhr, im Gasthof zum Steiger.
Großbreitenbach. Montag, 14. November, 8 1/2 Uhr, im Rathaus.
Grünhain. Sonnabend, 12. November, 8 Uhr, im „Goldenen Hahn“.
Ilmenau. Sonnabend, 12. November, in der Rosenau. Vortrag.
Kolmar i. P. Sonnabend, 12. November, 8 Uhr, Außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokal G. Nkmann. Sämtliche Bibliotheksbücher mitbringen.
Langenberg. Sonnabend, 12. November, 1/6 Uhr, im Kaiserhof.
Leipzig. Sonnabend, 12. November, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Zetzerstr. 32.
Marktleuthen. Sonnabend, 12. November, 7 Uhr, bei Ritter.
München. Sonnabend, 19. November, 8 Uhr, im Goldenen Lamm, Zweigstr. Vortrag des Genossen Harpuder.
Neuhaldensleben. Sonnabend, 12. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Herzog, Masche.
Nürnberg. Sonnabend, 19. November, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neugasse. Mitglieder, die ohne Entschuldigung alle Versammlungen im Quartal versäumen, haben eine Streikmarke zu nehmen.
Osterode. Sonntag, 18. November, nachm. 2 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“.
Rauenstein. Sonnabend, 12. November, 8 Uhr, bei Renntinger.
Rehau. Sonnabend, 12. November, 8 Uhr, im Vereinslokale. Der Gauleiter ist anwesend.
Rolchütz. Freitag, 11. November, 7 Uhr, bei Kropp in Linz.
Spandau. Sonnabend, 12. November, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Nischelsdorferstr. 5. Bibliotheksbücher mitbringen.
Stadtilm. Sonnabend, 12. November, 7 Uhr, im Schießhaus.
Stanowitz. Sonnabend, 12. November, bei Fritsch.
Untermhaus. Sonnabend, 12. November, 8 1/2 Uhr, in der Bodschente.
Wieslau. Montag, 14. November, bei Ferdinand Härtl.

Preis der 2 gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig **Geschäfts-Anzeigen** Vorausbezahlung ist Bedingung

Orts-Krankenkasse der Graveure, Ciseleure und anderer künstl. Gewerbebetriebe zu Berlin.
 Freitag, 18. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15, Saal 1, **Ordentliche General-Versammlung.** Tagesordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Abänderung der §§ 11, 14, 19, 19a, 18, 29, 18 u. 64.
 3. Wahlen zum Vorstand, a) 3 Arbeitgeber, b) 6 Arbeitnehmer. 4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 5. Bericht von der Jahresversammlung von Ortskrankenkassen. 6. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung der Delegierten erwartet
 Der Vorstand.

Porzellan- und Steingut-Manufaktur

Schlterbach bei Wächtersbach.
 Eingetragene Genossenschaft m. b. H. in Liquidation.
 Sonnabend, 19. November, abends 9 Uhr, **außerordentliche General-Versammlung,** bei Gastwirt J. Lohren, Neuen Schmidten. Tagesordnung:
 1. Genehmigung der Bilanz und Verlustverteilung. 2. Verschiedenes.
 Die Liquidatoren: W. Göhn, G. Ried, N. Schreßmann III.
 N. B. Die Rückzahlung der verbleibenden Anteilsumme an die auswärtigen Mitglieder erfolgt durch die Post. Zu diesem Zwecke ersuchen wir die nachstehend verzeichneten Mitglieder, uns umgehend ihren derzeitigen Aufenthaltsort anzugeben: 1. Heinrich Schmidt, Maler, Weißwasser. 2. Nikolaus Matthes, Dreher, Weißwasser. 3. Ernst Voigt, Maler, Brambach i. B. 4. Max Reinhold Große, Maler, Goldzig i. S. 5. Otto Kreis, Maler, Goldzig i. S. 6. Artur Rüdiger, Drucker, Goldzig i. S.

Zahle weil grossen Umsatz höchste Preise	 <p>Reelle schnelle Bed. Goldschmied kauft Otto Seifert, Zwickau/S. Osterweihstrasse 32.</p>	Edel- Metall- Schmelze Gezündet 1896
---	--	--

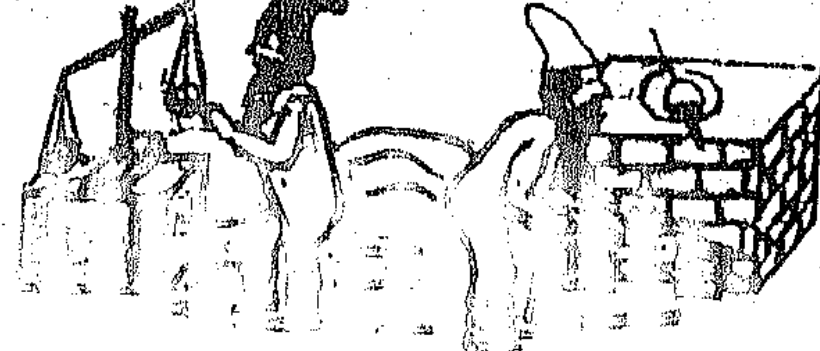
Goldschmied, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei reeller u. pünktlicher Bedienung
Johann Grothe, Ahlen in Westfalen, Nordenmauer 40.

Kaufe ständig für Ausschmelzungen
Goldlappen & Goldalche & Goldschmied
 zu höchsten Preisen. **Joh. Steinel,** Marktredwitz i. B., Oberredwitz 22.

Goldschmied, verdicktes Glanzgold und iontliche goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eilenberg, S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
 Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
H. Haupt, Dresden-H., Gneisenaustr. 6.

Alle goldhaltigen Abfälle kauft

Martin Kaufmann		Zwickau S. Conradstr. 12
--------------------	---	-----------------------------

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Bergolberei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung,
Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten, künftig alle für die Redaktion und Expedition der Ameise bestimmten Sachen an die Adresse des Kollegen Fritz Zietsch, Charlottenburg, Guerickestr. 43, zu richten.
 Zugleich weisen wir nochmals darauf hin, daß, wenn zu viel oder zu wenig Blätter an eine Zahlstelle gesendet worden sind, bei der Reklamation die genaue Zahl des gegenwärtigen Mitgliederbestandes der betreffenden Zahlstelle anzugeben ist.
 Auch diene den Kollegen zur Kenntnis, daß der Redaktionsschluß für die nächst erscheinende Nummer der Ameise **Montags** mittag erfolgt.
 Redaktion und Expedition der „Ameise“.

Herausgeg. v. Verbände d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Red. u. Verlag: Fritz Zietsch, Charlottenburg, Guerickestraße 43.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.

Anzeigen

Oskar Künzel aus Königsee, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, wird ersucht, die beiden Bücher Drensch und Pflanzenwelt, welche er aus der Bibliothek vor 2 Jahren geliehen hat, zurück zu geben.
 Emil Fuß, Bibliothekar.

Magdeburg. Mittwoch, 16. November (Bußtag), Spaziergang für die Mitglieder nebst werten Angehörigen. Abmarsch punkt 1 Uhr mittags vom „Agnetenplatz“ nach dem „Ruffhäuser“. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Zahlreiche Beteiligung erwartet
 Die Verwaltung.

Osterode a. H. Sonnabend, 19. November 8 1/2 Uhr, im „Freiheitler Hof“ **3. Stiftungsfest.** Programme sind bei den Komiteemitgliedern zu haben. (20 Pfg.) Freunde und Bekannte sind willkommen.
 Das Komitee.

Wichtig! Da die untenstehenden zu veränderten, mache ich sie durch einen neuen Inhalt zu ersetzen. Die alten Briefe sind nun nicht mehr zu verwenden. Die neuen Briefe sind nun zu verwenden. Die alten Briefe sind nun nicht mehr zu verwenden. Die neuen Briefe sind nun zu verwenden.
 Paul Langguth, Kassierer.

Selb-Plößberg. Den durchreisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich Unterstützung nur in meiner Wohnung auszahle, mittags von 12-1 und abends von 7-8.
 Gustav Altmann, Kassierer.

Arbeitsgelegenheiten u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offertens-Veröffentlichung ohne bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	---

Cerrakottamalier (Verbandsmitglied) bewandert in modernen Dekoren und Patina für sofort bei festem Wochenlohn — nicht unter 24 Mk. — gesucht.
 Wittmann & Co., Münchtröden bei Coburg.

Emaille-Brenner auf Herde und Defen suchen für sofort
 Gebrüder Demmer A.-G., Eisenach.

Maler, welcher auf Emaillegeschirr sowie Herde gearbeitet hat, sucht baldigst Stellung. Offerten unter A. S. erbeten.

Dreher sucht sich zu verändern, am liebsten auf Dessert-Teller oder Schalen mit Hubel. Offerten unter G. F. erbeten.